

E 140-NR/XXII. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 29. September 2005

betreffend das Österreichische Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung

Die Bundesregierung wird ersucht, zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Einklang mit „Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung 2005-2008“ der Europäischen Union folgende Voraussetzungen und Maßnahmen zu setzen:

1. Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

Durch weitere Ausgabensenkungen und die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen in Richtung Zukunftsausgaben soll die Schuldenquote weiter sinken.

2. Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik

Maßnahmen, die direkt am Arbeitsmarkt ansetzen, um Beschäftigte und Arbeitssuchende optimal zu unterstützen: Dazu zählen Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktservice (Vermittlung und Qualifizierung), Modernisierung der österreichischen Arbeitsverwaltung, die Erhöhung von Flexibilität und Sicherheit („Flexicurity“) sowie Maßnahmen zur Unterstützung von Aktivem Altern und Wiedereingliederungsbeihilfen. Jugendspezifische Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme sollen der besonderen Situation Jugendlicher am Arbeitsmarkt Rechnung tragen.

Eine gute soziale Absicherung erhöht die Bereitschaft zu Flexibilität. Daher sollen Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Kohäsion – wie etwa Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die notwendigen Flexibilisierungsschritte ergänzen. Beschäftigte ab 40 Jahren und Arbeitssuchende ab 50 Jahren sollen in Hinblick auf eine beruflichen Wiedereingliederung und (Re-) Qualifizierung sowie auf die Förderung einer altersgerechten Arbeitsplatzgestaltung und Betriebsorganisation verstärkte Unterstützung erfahren. Die unter dem Titel „Unternehmen Arbeitsplatz“ beschlossenen Maßnahmen wie z.B. das Kombilohn-Modell sowie eine Qualifizierungsoffensive für über 60.000 Menschen Maßnahmen sollen rasch umgesetzt und der Kampf gegen Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit verstärkt werden.

3. Forschung und Entwicklung, Innovation

Weiterentwicklung des Innovationsstandorts Österreich durch eine weitere Verbesserung der Forschungs- und Innovationsperformance sowie der Steigerung der Effizienz des nationalen Forschungs- und Innovationssystems. Die Erreichung einer Forschungsquote von 2,5% des BIP im Jahr 2006 und von 3% im Jahr 2010 sind quantitative Ziele mit enorm wichtiger Signalfunktion für den Wirtschaftsstandort.